



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 29.04.09

Hagedorn entsetzt über weitere Kündigungen bei Alpen

Als Emailanlage: der Brief der parlamentarischen Staatssekretärin im Finanzministerium Nicolette Kressl vom 11.03.09 zur Kontrolldichte in S.-H.

Die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn ist entsetzt über die Ankündigung der Firma Alpen aus Neustadt, elf weitere Mitarbeiter kündigen zu wollen. Am 6. Februar hatte die SPD-Politikerin mit Kollegen aus Land- und Kreistag das Unternehmen angesichts der Kündigung von damals knapp 100 Mitarbeitern besucht und mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung über Gründe und mögliche Alternativen diskutiert (LN vom 7.2., OHA 7.2., Reporter 11.2). Hagedorn: „Trotz Konjunkturflaute und Finanzkrise ist es wichtig, dass Unternehmen ihre gut qualifizierten Mitarbeiter in Lohn und Brot halten, bis es wieder aufwärts geht! Der Bund hat gerade deswegen unter Federführung von SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz die Chance auf Kurzarbeitergeld auf 18 Monate verlängert und durch die Verknüpfung mit Weiterbildungsangeboten für Mitarbeiter wie Arbeitgeber attraktiv gemacht. Angesichts der milliardenschweren Konjunkturpakete des Bundes, mit denen in Kürze gewaltige öffentliche Bauaufträge von Bund, Ländern und Kommunen ausgeschrieben und vergeben werden, brauchen wir in den Betrieben qualifiziertes Personal. Die

Arbeitgeber sollten - darum statt zu entlassen - das eingearbeitete Fachpersonal durch Kurzarbeit im Betrieb halten. Die Mitarbeiter und ihre Familien brauchen Perspektiven auf ein existenzsicherndes Einkommen. Und die Bauwirtschaft braucht angesichts milliardenschwerer öffentlicher Bauaufträge schon bald wieder qualifiziertes Personal ohne Dumpinglöhne, das die öffentlichen Aufträge dann auch erfolgreich umsetzen kann.“

Geschäftsleitung und Betriebsrat hatten Anfang Februar beim Betriebsbesuch der Politiker die schlechte wirtschaftliche Lage der Firma unter anderem mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber „Schwarzen Schafen“ insbesondere aus den östlichen Bundesländern begründet - angeblich zurück gehende Schwarzarbeitskontrollen des Zolls auf schleswig-holsteinischen Baustellen gegenüber der Metropolregion Hamburg seien ein Kernproblem. Dadurch hätten es Firmen, die weder Tariflöhne zahlten noch faire Eingruppierungen vornähmen, in Schleswig-Holstein angeblich leichter, die Preise zu drücken und tariftreue Unternehmen in ihrem Bestand zu gefährden.

Bettina Hagedorn nahm diesen Vorwurf zum Anlass, im für die Schwarzarbeiterkontrollen zuständigen Bundesfinanzministerium nachzuhaken. Wie die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl Mitte März mitteilte, kann dieser Vorwurf und angebliche Standortnachteil eindeutig mit Zahlen widerlegt werden. Im Wortlaut heißt es in der Antwort aus dem Finanzministerium: „Der behauptete Rückgang der Prüf- und Kontrolltätigkeit in Schleswig-Holstein zugunsten von Hamburg ist auf Grundlage dieser Daten nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil, die Kontrollen konnten hier vom Jahr 2007 auf das Jahr 2008 um 37,1% gesteigert werden.“ Insgesamt fanden in Schleswig-Holstein im Jahr 2007 1934 Kontrollen statt (davon 544 im Baugewerbe). Im Jahr 2008 waren es 1810 Kontrollen (davon 746 im Baugewerbe). Hagedorn: „Mangelnde Kontrolltätigkeit ist also nicht das Problem – die Bekämpfung

der Schwarzarbeit ist und bleibt gerade auch in der Konjunkturkrise ein wichtiges Aufgabenfeld des Zolls. Wichtig bleibt das Bekenntnis der Unternehmen zur sozialen Verantwortung gegenüber ihren Belegschaften und der Wille von Geschäftsleitung und Betriebsrat, die von der Politik zur „Krisenlinderung“ geschaffenen Möglichkeiten wie Kurzarbeit und Weiterbildung zu nutzen, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern und qualifiziertes Personal für anstehende öffentliche Großaufträge zu halten.“